

**Niederschrift über die Sitzung des
Kreistags am 14. Dezember 2015**
in der Salierhalle in Winterbach

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende: Landrat Dr. Sigel

86 Kreisrätinnen und Kreisräte: Dr. Nopper (ab 16:10 Uhr), Sailer (ab 16:15 Uhr),
Bauer (ab 17:30 Uhr), Hinrichsen (ab 17:30 Uhr),
Segan (bis 17:50 Uhr), Hinderer (bis 17:50 Uhr), Ost-
falk (bis 17:55 Uhr), Theile (bis 17:55 Uhr), Halder
(bis 18:13 Uhr), Fazio (bis 18:31 Uhr), Häffner (bis
18:31 Uhr)

Entschuldigt: Wittner (CDU)
Medeck

Ferner: Erster Landesbeamter Friedrich
Kreiskämmerer Geißler
Dezernentin Hülle
Sozialdezernentin Dr. Längle-Sanmartin
Regierungsdirektor Dr. Zaar
Geschäftsführer Braune, Kreisbaugruppe (Top 1)
Leitende Beamte und Angestellte des Landkreises
Gäste
Presse

Der Schriftführer: Kreisoberamtsrat Hasert

Beginn der öffentlichen Sitzung: 16:05 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung: 18:37 Uhr

§ 1

Flüchtlingsunterbringung und Wohnungsbau

Landrat Dr. Sigel führt einleitend aus, mit der heutigen Behandlung der Thematik wolle man zum einen den Blick auf den Status Quo geben und zum anderen einen Ausblick auf die anstehenden Herausforderungen auch aus der Perspektive der Wohnungswirtschaft. Hier verweist hierzu auf den aufgelegten aktuellen Monatsbericht des Koordinierungsstabs Flüchtlinge, aus dem hervorgehe, dass die Verwaltung mit dem Rücken zur Wand stehe und kaum Möglichkeiten habe, weitere Kapazitäten zu schaffen. Eine weitere Herausforderung sei die Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern, deren Zahlen sich in den vergangenen Wochen stark gestiegen seien. Durch die hohen Flüchtlingszahlen sei es auch immer schwieriger geworden, Unterkünfte zu finden. Innovative Projekte, wie in Fellbach mit Kärcher Futuretech, würden einiges an Vorlauf benötigen. Gemeinsam mit der Kreisbaugesellschaft und dem Koordinierungsstab Flüchtlinge ringe man nach Lösungen, da es in den Ballungsräumen zu wenig Objekte gebe. Klar sei aber auch, dass für eine gute Integration, eine entsprechende Infrastruktur nötig sei. Langfristig benötige man im Kreis mehr Wohnraum, hier sehe er auch das Land in der Pflicht, mit finanziellen Hilfen zu unterstützen. Außerdem komme momentan die Integration der Flüchtlinge zu kurz, da man dauerhaft auf der Suche nach neuen Unterbringungen sei und keine Zeit für die Integration habe. Man befinde sich hier aber in gutem Austausch mit der Bundesagentur, dem Jobcenter und anderen Landkreisen.

Herr Braune erläutert die Drucksache anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift angefügt ist.

Kreisrat Messinger dankt Herrn Braune für das vorgelegte Konzept und meint, es sei wichtig, dass man langfristig plane und so auch ein Auge auf die Integration der Menschen habe. Er zeigt sich zuversichtlich aufgrund der guten Ideen und Konzepte.

Kreisrat Kelemen vermisst einen Hinweis auf das 3-monatige Arbeitsverbot für Asylbewerber. Er könne nicht nachvollziehen, dass es hier eine Sperrfrist gebe. Dies behindere eine schnelle Integration. Er bitte Herrn Dr. Sigel diesbezüglich mit den anderen Landräten zu kommunizieren und bei der Landesregierung vorstellig zu werden.

Kreisrat Hesky stellt fest, dass die Problematik der Wohnungsnot bei den Kreisräten angekommen sei. Man solle jedoch nicht versuchen, hieraus politisches Kapital zu schlagen. Er sei aber der Meinung, dass das, was bisher getan worden sei, nicht genug sei. Menschen könnten nicht nur an Entwicklungsachsen untergebracht werden. Man dürfe vielmehr die Chancen der Integration in kleinen Kommunen nicht verwirken, da Asylbewerber dort eher soziale Kontakte aufbauen könnten. Außerdem beziehe sich Wohnungsnot zwar nicht ausschließlich, aber doch besonders auf Flüchtlinge und es sei ein Thema bei dem er eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung sehe.

Kreisrat Fazio ist der Meinung, die Zeiten hätten sich positiv geändert, da man sich politisch mit dem Flüchtlingsthema auseinander setze und den Willen zur Integration sehe. Die Einrichtung eines Bürgerfonds würde er begrüßen. Er sieht in den Asylbewerbern und Wohnungssuchenden ein Potential für den Arbeitsmarkt, denn diese Menschen seien bereit, etwas für ihren Aufenthalt zu tun.

Kreisrat Haußmann sagt, schon vor der Flüchtlingswelle habe schon ein Wohnungsmangel bestanden. Aus dem Papier zum Wohnungsbaugipfel gehe hervor, dass man in den letzten Jahren zwischen 30.000 und 35.000 Wohnungen in Baden-Württemberg gebaut habe, der Bedarf aber mittlerweile durch die Flüchtlinge bei 60.000-75.0000 Wohnungen liege. Diese Problematik könne nur gelöst werden, wenn man weitere Flächen bereit stelle und beim Wohnungsbaugipfel im Land mitwirke. Er spricht auch die neue Landesbauordnung an, die enorme Mehrinvestitionen zur Folge habe. Den Bürgerfonds halte er für eine attraktive Möglichkeit, den die Kreisbau zur Verfügung stellen und im neuen Jahr konkrete Vorschläge unterbreiten solle. Die Bürgerfonds seien als Investitionsmöglichkeiten besser und langfristiger als Windkraftanlagen.

Landrat Dr. Sigel merkt zu den vorstehenden Redebeiträgen an, dass es bereits verbesserte Rahmenbedingungen für die Arbeitsaufnahme von Flüchtlingen gebe. Außerdem würden viele gleich zu Beginn an einen Sprachkurs belegen, was die erste Voraussetzung für eine Arbeit sei. Er teile die Auffassung von Kreisrat Hesky, dass es nicht nur Ballungsräumen nutzbare Flächen gebe.

Kreisrat Kölz ist der Ansicht, dass durch den Familiennachzug der Zuzug nicht bereits schon 2017 ende. Da der Wohnungsmarkt in der Region Stuttgart sehr angespannt sei, müsse der Königsteiner-Schlüssel hinterfragt werden.

Kreisrat Kelemen erinnert daran, dass es von 1992 - 1996 unter der SPD-Landesregierung den letztmaligen Höchststand an Neubauwohnungen und Investitionszuschüssen gegeben hätte. Auch bei der aktuellen Landesregierung gebe es wieder eine Ausweitung des Landesförderprogramms.

Kreisrat Riedel berichtet, dass er über Jahrzehnte als Gemeinderat schon Anträge zum sozialen Wohnungsbau gestellt habe, die aber alle abgelehnt worden seien. Der soziale Wohnraum habe bisher nicht zu den Leuchtturm-Projekten gehört, was man jetzt bereue, denn die Probleme seien nicht gelöst worden. Man hätte das Problem viel früher angehen müssen.

Kreisrat Ulrich merkt an, dass die Probleme größer seien als man angenommen habe, denn man habe auch nicht mehr die Möglichkeit im Rahmen eines bestehenden Bebauungsplanes Baurecht auszuüben, da z.B. Bestimmungen des Wassergesetzes dies verhindern würden. Man müsse vorhandene Spielräume pragmatisch nutzen und bei der Schaffung von Wohnraum überdenken, welche Regeln gelten.

Ohne weitere Beratung nimmt der Kreistag den Bericht zur Kenntnis.

Auszüge:

1 Kreisbaugruppe

1 Dezernat V

§ 2

Gesellschafterdarlehen (Mezzanin-Kapital) des Rems-Murr-Kreises an die Kreisbaugesellschaft Waiblingen

Drucksachen 2015-107a-KT14.12. und 2015-107-VSKA07.12.

Landrat Dr. Sigel führt aus, dass das Gesellschafterdarlehen ein erster Meilenstein in der Umsetzung der Flüchtlingsunterbringung sei. Bei diesem Darlehen handle es sich um eine Kapitalausstattung für die Kreisbau um die Planung angehen zu können. Das Landratsamt werde der Kreisbau mit diesem atypischen Gesellschafterdarlehen durch eine Kreditermächtigung Mittel für die Gemeinschaftsunterkünfte zur Verfügung stellen.

Der Kreistag beschließt einstimmig bei 3 Enthaltungen:

1. Der Kreistag stimmt zur Finanzierung von Gemeinschaftsunterkünften einer Erhöhung der Kreditermächtigung für 2016 um 3,5 Mio. € zu. Diese Mittel sollen als Gesellschafterdarlehen an die Kreisbaugesellschaft Waiblingen mbH weitergeleitet werden. Hierbei ist ein entsprechender Planansatz für 2016 noch aufzunehmen.
2. Der Kreistag stimmt der Bereitstellung für ein atypisches Gesellschafterdarlehen an die Kreisbaugesellschaft Waiblingen mbH (siehe Haushaltsplan-Entwurf 2016: 2 Mio. € Planansatz, 2017 – 2019: jew. 1 Mio. € Verpflichtungsermächtigungen) in Höhe von 5 Mio. € im Haushalt 2016 zu.
3. Die Gewährung der Darlehen erfolgt unter Vorbehalt der Zustimmung der Rechtsaufsichtsbehörde – soweit eine Genehmigung erforderlich ist – nach entsprechender Beschlussfassung durch die zuständigen Kreisgremien.

Auszüge:

1 Dezernat II

1 GB Finanzen

1 Kreisbaugruppe

§ 3

Verabschiedung des Haushalts 2016

Drucksachen 2015-122-KT14.12., 2015-82-KT19.10., 2015-82a-KT19.10., 2015-83-KT19.10., 2015-84-KT19.10., 2015-92-JHA23.11., 2015-93-JHA23.11., 2015-98-SozA23.11., 2015-102-UVA30.11., 2015-79a-VSKA07.12., 2015-110-VSKA07.12., 2015-110a-VSKA07.12.

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegenden Drucksachen und dankt den Fraktionen einleitend für die konstruktiven Haushaltsberatungen in diesem Jahr. Er legt dar, es sei ein Novum, dass die Kreisumlage in Höhe von 38,5% vermutlich einvernehmlich gelinge. Als „Wermutstropfen“ bleibe, dass man beim Projekt Lernfabrik 4.0 nicht zum Zuge gekommen sei. Die Kreisschulen würden das Projekt aber mit den Unternehmen weiter voran bringen. Für die Kreismedienzentren werde eine verträgliche, ausgewogene Lösung gesucht. Man wolle keinen Standort benachteiligen, sondern sogar das medienpädagogische Angebot.

Kreisrat Sczuka führt für die CDU-Fraktion aus:

„Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel,
werte Kolleginnen und Kollegen aus dem Kreistag,
liebe Bürgerinnen und Bürger aus dem Rems-Murr-Kreis,
sehr geehrte Vertreter der Presse.

Trotz schwieriger Finanzlage des Rems-Murr-Kreises zeichnet sich doch eine erfreuliche Situation ab: auf Grund des Vorschlags der Verwaltung und der offenbar einmütigen Zustimmung aller Fraktionen, wird es ohne ‘Gefeilsche’ einen Hebesatz für die Kreisumlage von 38,5 Prozentpunkten geben. Dies geht auch auf Ihre offene Art des Umgangs mit den Zahlen hervor, sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel. Offenheit und Transparenz zahlt sich aus, machen Sie weiter so!

Trotz Einmütigkeit kann einen aber Schwermütigkeit übermannen, wenn man die Zahlen im Einzelnen ansieht. Unser großes Sorgenkind ist und bleibt aus finanzieller Sicht die Rems-Murr-Klinik gGmbH. Es ist unser aller Wille, hier möglichst bald in ein gutes Fahrwasser zu gelangen und wir als politische Ebene versuchen unser Möglichstes beizusteuern. Unser Möglichstes, das ist nicht nur Geld, sondern auch eine Unterstützung in den nun anstehenden Sanierungszielen und Sanierungsprozessen. Insgesamt gesehen sind die Kliniken mit der angebotenen medizinischen Versorgung,

was Qualität und Spezifizierung angeht, auf einem guten Weg. Und wir danken ausdrücklich auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in unseren Häusern.

Der Sozialbereich bleibt die große Herausforderung aller Landkreise, so auch des Rems-Murr-Kreises. Und trotz Spitzabrechnung bei der Flüchtlingsunterbringung und somit hoffentlich keine Kosten, die beim Rems-Murr-Kreis hängen bleiben werden, ist auch diese Zahl dramatisch. Die Kosten, die alleine hier im Rems-Murr-Kreis anfallen, aus Steuergeldern, gehen in einen fast zweistelligen Millionenbetrag. Und wir, alle demokratischen Parteien, müssen hier offen mit der Thematik umgehen, um nicht unserer Demokratie einen Bärendienst zu erweisen.

Wir stemmen hierbei 2 große Kostenblöcke in unserem Haushalt, und von Sparen ist zunächst nichts zu sehen. Enttäuscht war ich deshalb teilweise über die Berichterstattung zum Klimaschutzprogramm und auch Aussagen einiger Kollegen im Gremium im Umwelt- und Verkehrsausschuss. Deshalb möchte ich nochmals die Gelegenheit für die CDU-Kreistagsfraktion nutzen und feststellen: wir tragen das Klimaschutzprogramm mit, sehen aber durchaus bei der einen oder anderen Maßnahme ein Fragezeichen! Und dies wurde, anders als im Ausschuss behauptet, auch von der Kreisverwaltung zugesichert. Sowohl von Herrn Landrat Dr. Sigel, als auch vom ersten Landesbeamten Herrn Friedrich. Die Größenordnung der vorsichtig angedachten Einsparvorschläge lag bei ca. € 300.000 - 400.000,00 Euro. Und dies macht auch Sinn. Wir wollen keine Broschürendruckerei, sondern nachhaltige Investitionen unterstützen. Es kam vorher beim ersten Tagesordnungspunkt zur Sprache. Z. B. auch im Wohnbau um hier entsprechend sinnvoll das Geld einzusetzen. Ein konkretes Beispiel: wenn Sie einen Schwaben fragen, was er lieber wolle: einen Zwiebelrostbraten mit Brot oder einen Zwiebelrostbraten mit Salat und Bratkartoffel, es kostet beides das gleiche, dann kann ich Ihnen genau vorhersagen wie der Schwabe antworten wird: Menschlich verständlich. Genauso verhält es sich mit jemandem, der in einer Wohnung lebt, und die Kosten hierfür gleich sind, egal ob er den ganzen Tag heizt und eine Raumtemperatur von 25 Grad hat, oder ob er sinnvoll heizt und spart. Das ist auch menschlich verständlich. Doch das kann im zuständigen Ausschuss noch einmal näher diskutiert werden, wenn es um Einzelmaßnahmen aus diesem Klimaschutzprogramm geht.

Absolut richtig halten wir am Festhalten von Sparmaßnahmen bei freiwilligen Aufgaben und an einem Gesamtkonzept für die landkreiseigenen Gebäude. Das wird zielführend für die Zukunft und auch langfristig Haushaltsmittel einsparen. Ausdrücklich unterstützen wir den Landrat auf dem von ihm eingeschlagenen Weg. Auch und dafür danke für die klaren Worte noch einmal, auch bei den

Einsparungen im Betrieb der Kreismedienzentren, oder sie haben gesagt des Kreismedienzentrums – hier auch die deutliche Aussage nicht zu Lasten eines Standorts.

Eine Bewilligung beim Projekt Lernfabrik 4.0 blieb uns leider versagt, noch bedenklicher und bedauerlicher: die Ablehnung erfolgte ohne Begründung. Wir stochern also im Nebel. Die CDU-Kreistagsfraktion hofft auf eine Neuauflage des Programms und unterstützt eine erneute Antragstellung. Erfreulich ist nämlich der Umstand, dass sich die örtliche Wirtschaft in das Projekt so stark einbringt und auch selber hier im neuen Jahr zusammen mit der beruflichen Schule aktiv werden will.

Das Organisationsgutachten für den Geschäftsbereich Jugend hat größere Probleme aufgezeigt, die wir nun und auch nur Schritt für Schritt abarbeiten. Dieses stufenweise Vorgehen ist absolut der richtige Weg und wir müssen immer wieder überprüfen, wie dann sich umgesetzte Maßnahmen auswirken, im zweitgrößten Einzelhaushalt des Kreises mit 31,2 Mio. Euro, den wir überwachen sollen und müssen.

Ein weiterer Lichtblick am Horizont zeichnet sich ab, der noch gar nicht erwähnt worden ist weil er eigentlich brandneu ist. So wird sich der Landtag von Baden-Württemberg in naher Zukunft mit einem Gesetz zur Ausführung der Aufgaben nach § 6 b des Bundeskindergeldgesetzes beschäftigen, da geht es um die Zuwanderung aus anderen EU-Mitgliedstaaten, namentlich Bulgarien und Rumänien, und da werden sich auch hier, wird sich der Bund einmalig an den Kosten für das Jahr 2014 an den Kosten der Unterkunft beteiligen. Für den Rems-Murr-Kreis steht hier eine Summe von 170.000,00 €, die als Weihnachtsgeschenk mehr oder weniger praktisch dann auf den Gabentisch kommt, hier zur Debatte. Auch das wäre wieder eine Verbesserung der Haushaltslage, die zum Abbau des Klinikdefizits herangezogen werden könnte und keine neuen Fässer aufgemacht werden.

Mit diesem positiven Ausblick möchte ich meine Ausführungen schließen, mich für die konstruktiven Beratungen in den Ausschüssen bedanken und auch bei der Kreisverwaltung allen voran beim Herrn Landrat Dr. Sigel für die angenehme Zusammenarbeit die wir hier bei der Haushaltsplanberatung erfahren und erleben durften. Vielen Dank.“

Kreisrat Kaufmann nimmt für die SPD-Fraktion wie folgt Stellung:

Anrede

Von Beginn an wurden unsere Haushaltsberatungen von positiven Veränderungen begleitet, so dass es angesichts dieser Tatsache offenbar ruhig in den Ausschüssen zugeht. Doch der Schein trügt, wenn man davon ausgeht, dass die finanzielle Situation etwas entspannt sei. Viel zu abhängig sind wir von äußeren Einflüssen auf den Sozialhaushalt sowie der wirtschaftlichen Lage unserer Rems-Murr-Kliniken. Es können demzufolge notwendige Maßnahmen nicht ergriffen werden, welche unser Landkreis für die Zukunft dringend braucht.

Unser Vorschlag, die Kreisumlage auf 39,0% festzusetzen war das Ergebnis der aus unserer Sicht erforderlichen Aufgaben, welche im Jahr 2016 begonnen werden sollten. Wir halten es nach wie vor für zwingend notwendig, mit der Planung und dem Bau von bezahlbarem Wohnraum zu beginnen und wollten daher 3,0 Mio. der Kreisbau zur Verfügung stellen wollen. Die Kreisbau ist allerdings mit ihren Kapazitäten derzeit am Limit. Jetzt fällt uns auf die Füße, dass unsere jahrelange Forderung nach bezahlbarem Wohnraum in den vergangenen nicht zugestimmt worden ist. Nun kann aus mangelnder Kapazität dieser vordringliche Auftrag zur Wohnraumschaffung nicht unverzüglich angegangen werden. Nur deshalb und als Konsequenz daraus akzeptieren wir eine Kreisumlage von 38,5%. Allerdings appellieren wir nachdrücklich, diese Aufgabe ab dem Jahr 2017 anzupacken, ansonsten können wir den Menschen keinen günstigen Wohnraum anbieten. Das kann sich der Kreis vor dem Hintergrund des demografischen Wandels aber auch die Erfordernis der notwendigen Anschlussunterbringung von Flüchtlingen nicht leisten. Wir hoffen und wünschen uns, dass dies auch in den Köpfen aller Fraktionen so verankert ist und beantragen heute eine Beschlussfassung darüber, dass bereits im Jahr 2016 mit der Entwicklung eines Programms in Zusammenarbeit mit der Kreisbau zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum - und dieses darf sich nicht nur auf Flüchtlinge beziehen- begonnen wird.

In diesem Zusammenhang ist auch der Neubau des Sozialdezernates zu erwähnen. Ich rufe unseren Antrag in Erinnerung, die Planungen für den Neubau des Sozialdezernats auf dem bisherigen Klinikstandort Waiblingen zu überdenken. Hier hat sich inzwischen dank Ihnen, Herr Landrat, bereits etwas bewegt. Wir begrüßen Ihren Schritt und Vorschlag, in enger Kooperation mit der Stadt Waiblingen die Möglichkeiten unter Berücksichtigung einer eventuellen Neukonzeption auszuloten, denn nur mit der Stadt gemeinsam können gute Lösungen für alle Beteiligten gefunden werden. Dabei

regen wir an, auch in die Überlegungen am ehemaligen Klinikstandort auch den sozialen Wohnungsbau mit einfließen zu lassen. Hier könnte sich möglicherweise eine Win-Win-Situation ergeben.

Zum Landesprogramm Lernfabrik 4.0. Bedauerlich, dass unser Kreis für 2016 nicht mit 400 T€ Fördermittel berücksichtigt wurde. Wir halten dieses Programm, insbesondere mit Blick auf unsere starke Wirtschaftskraft für unbedingt notwendig. Die gute Ausbildung von Fachkräften ist einer der entscheidenden Standortvorteile Baden-Württemberg und somit auch ein Standortvorteil unseres Kreises. Mit den Lernfabriken soll gewährleistet werden, dass auch kleine und mittlere Betriebe die Chancen der Digitalisierung nutzen können. Wir sind stolz auf unsere starke Wirtschaft, die uns Wohlstand verschafft, wir fordern mittels einer Backbone-Studie die rasche Umsetzung eines schnellen Internets und bekennen uns damit zur Digitalisierung - gleichzeitig machen wir die Ausbildung unserer Fachkräfte von der Gewährung von Fördermitteln abhängig. Was ist, wenn wir auch für das Jahr 2017 keine Mittel erhalten? Wir können uns einen Stillstand bzw. ein Abwarten nicht erlauben.

Wir begrüßen daher, dass bereits im kommenden Jahr mit den Vorbereitungen zur Einführung dieses Programms begonnen werden soll, wenngleich auch nach Auffassung von CDU und der FDP/FW und der Freien Wähler kein Geld für dieses für unsere Wirtschaft wichtige Programm bereitgestellt werden soll.

Unsere Stellungnahme umfasst ob der vereinbarten Redezeit nur die markantesten Inhalte des Haushaltes 2016. Im Wesentlichen ist unsere Stellungnahme zum Haushalt, die wir in vergangener Sitzung abgegeben haben maßgeblich, so dass ich nun mit einem Dank schließen möchte.

Im Namen der SPD-Fraktion aber auch ganz persönlich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kliniken sowie Ihnen, Herr Geißler und Frau Kugler Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die arbeitsintensive Aufstellung des Haushaltsentwurfes aber auch für die engagierte Arbeit im vergangenen Jahr. Unser Dank gilt ebenfalls allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kreises, der Personal- und Betriebsrätinnen und Räte sowie aller dazugehörenden Dienststellen, die mit ihrem großen Engagement und ihrer Motivation - auch teils unter sehr großer Belastung - ihre Aufgaben erfüllen.

Unser besonderer Dank gilt Ihnen, Herr Landrat Dr. Sigel sowie allen Kolleginnen und Kollegen des Kreistags für die gute und angenehme Zusammenarbeit. Wir freuen uns, die vor uns liegenden Aufgaben gemeinsam zu bewältigen bei gewohnt sehr fairem und kollegialem Klima.“

Kreisrat Friedrich führt für die Fraktion der Freien Wähler aus:

„Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Kreistags,
werte Vertreterinnen und Vertreter der Presse,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Gäste,

vier Wochen sind seit der Kreistagssitzung und damit seit den Haushaltsreden durch die Kreistagsfraktionen und –gruppen vergangen. Unsere Hoffnung, dass sich vor dem Hintergrund des sehr offenen, transparenten und fairen Miteinanders im Zuge der diesjährigen Haushaltseinbringung möglichst alle Fraktionen gemeinschaftlich dem modifizierten Vorschlag des Landrats i.H.v. 38,5 %-Kreisumlage ohne großes Gefeielsche anschließen, wurde größtenteils erfüllt. Über dieses Signal freuen wir uns.

Wir danken Ihnen, sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel, dass Sie das Land ganz klar in die Pflicht nehmen und auf die Einhaltung der Spitzabrechnung der Kosten bei der Flüchtlingsunterbringung größten Wert legen. Denn Kommunalpolitik hat oft die ihr vorgegebenen Aufgaben stellvertretend für das Land oder für den Bund zu erfüllen. Es ist daher aber nur logisch und konsequent, und so haben wir Freien Wähler dies stets auch im Sinne des Konnexitätsprinzips gefordert, auf die Zusage des Landes zu setzen, dass die Landkreise die Mittel für die Flüchtlingsunterbringung ersetzt bekommen. Das wird ein Maßstab sein - unabhängig, wer im Land die Regierung stellt, denn es handelt sich hier um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Der überarbeitete Entwurf des Kreishaushalts trägt diesem Gedanken Rechnung.

Meine Damen und Herren,
in einer Zeit, die binnen weniger Monate von dramatischen und umfassenden Veränderungen geprägt ist, d.h. in einer Zeit, in der der Landkreis Stand heute mehr als 200 Menschen pro Woche in neuen Gemeinschaftsunterkünften menschenwürdigen Wohnraum zur Verfügung stellen muss und

nach aktuellsten Prognosen der Bedarf hierfür auf absehbare Zeit noch weiter anwachsen wird, muss es unbedingt gelingen, sämtliche Friktionen zwischen der Kreisbau und der Verwaltung zu beseitigen, wenn es um die Schaffung von Gemeinschaftsunterkünften geht. Diese Aufgabe ist zu wichtig, als dass sie in den Mühlen der Bürokratie und ungenügender Kommunikation zermahlen wird.

Seit Einbringung des Kreishaushalts haben sich die Rahmendaten für den Kreishaushalt weiter konkretisiert. So steht mittlerweile fest, dass das Projekt Lernfabrik 4.0 im Rems-Murr-Kreis bei der Förderung im kommenden Jahr unberücksichtigt bleiben wird. Hier vertreten wir Freien Wähler die Auffassung, im Sinne der Haushaltskonsolidierung, keine weiteren Freiwilligkeitsleistungen ohne entsprechenden Kostendeckungsvorschlag außerhalb der Kreisumlage zu beschließen. Denn wir müssen gemeinsam auch strukturelle Themen in den nächsten Jahren angehen. Wir werden daher bei der nächsten Antragstellung, sofern das Programm abermals aufgelegt wird, erneut einfordern, dass eine Gegenfinanzierung ablesbar wird und wir nicht nur 'weiter auf die Kreisumlage draufpacken', sondern auch durch unser Handeln zeigen, wir meinen es mit den Sparbemühungen ernst. Denn Worthülsen und Lippenbekenntnisse, meine Damen und Herren, verbessern den Haushalt nicht. Und wir werden uns darauf einstellen müssen, dass manche Einsparung auch spürbar wird. Es hat uns erschreckt, wie schwer man sich im VSKA getan hat, ein klein wenig an den Stellschrauben zu drehen, als es um die Kreismedienzentren ging. Und es ging nicht einmal um deren Schließung. Herr Landrat, wir danken Ihnen für Ihren Mut und sagen Ihnen zu, dass Sie die Freien Wähler auch weiterhin an Ihrer Seite haben, wenn Sie tatsächlich an strukturelle Änderungen herangehen, ohne Kahlschlag – außer, er wäre angebracht.

Etwas Zeit, aber noch keine Kostendämpfung, haben wir inzwischen beim Thema Waldbahn gewonnen. Nach neuesten statischen Berechnungen kann der Betrieb auch im nächsten Jahr erfolgen. Möglicherweise gibt es zudem neue, kostengünstigere Möglichkeiten, eine Sanierung vorzunehmen. Für unsere Fraktion steht dabei grundsätzlich in den nächsten Jahren eine Konsolidierung und Beschränkung auf die Kernaufgaben des Landkreises an, damit es zu einer Stabilisierung der Finanzen und der Kreisumlage kommt und der Landkreis mittelfristig wieder gestaltungsfähiger wird. Hier gilt es, die Entscheidung über etwaige zusätzliche Kreismittel, eine Zuwendung zur Viadukt-sanierung im nächsten Jahr fundiert abzuwägen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

aufgrund der aktuellen finanziellen Gegebenheiten ist unsere Fraktion deshalb der Auffassung, dass sämtliche Ergebnisverbesserungen in den Jahren 2015 und 2016 konsequent und ausschließlich zur Reduzierung des Klinikdefizites eingesetzt werden müssen. Dies sollte in unserer jetzigen Situation absoluten Vorrang haben.

Die erheblichen Stellenmehrungen im Jugendamt haben wir trotz großer Bedenken mitgetragen, weil uns keine andere Wahl blieb. Sehr geehrter Herr Landrat, dies darf jedoch kein Maßstab für andere Bereiche der Verwaltung sein. Wir fordern hier eine konsequente Überprüfung in den nächsten Jahren und das Herausarbeiten von Synergieeffekten durch eine interne Verwaltungsreform. Für die rasche Information der Gremien danken wir Ihnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
abschließend darf ich mich namens der Freien Wähler bei dem gesamten Team der Landkreisverwaltung, insbesondere unserem Landrat, der Kreiskämmerei um Herrn Geißler, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kreishauses und seiner Behörden sowie der kreiseigenen Liegenschaften herzlich bedanken und Ihnen bereits heute gute Erholung angesichts der anstehenden Feiertage im Kreise von Freunden und der Familie wünschen. Ich denke, Sie können dies angesichts der vor uns liegenden Aufgaben sicher gut gebrauchen.

Die Freien Wähler stimmen dem Planwerk mit einem Kreisumlagehebesatz i.H.v. 38,5% zu. Gleichzeitig bitten wir aber, den Stellenplan separat zur Abstimmung zu stellen. Insbesondere die Aufwertung von zwei Stellen im Bereich Zentrale Steuerung und Controlling können wir so nicht mittragen und bitten um eine Zurückverweisung an den Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

Kreisrätin Häffner legt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dar:

„Sehr geehrter Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste.

Mit der heutigen letzten Sitzung in diesem Jahr verabschieden wir den Haushalt 2016. Das große medienwirksame Gezerre um die Kreisumlage dieses Mal fiel aus. Das ist beachtlich!

Fast geräuschlos haben sich alle Fraktionen in den Vorberatungen über den Hebesatz der Kreisumlage geeinigt. Auch wir, die Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, stimmen dem Hebesatz von 38,5% zu. Mit Blick auf die ersten Verhandlungen bleibt den Gemeinden im Rems-Murr-Kreis dadurch ein wenig mehr Spielraum. Ein tolles Verhandlungsergebnis für Ihren ersten Haushalt, Herr Dr. Sigel! Der Hebesatz für die Kreisumlage wurde sachorientiert und in konstruktivem Miteinander in den Ausschüssen erarbeitet. Vielen Dank für diese Arbeit, geprägt von Offenheit und Klarheit. Wir freuen uns auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit. Und dennoch - wir Grüne sahen und sehen die Kreisumlage auch mit gemischten Gefühlen. Der Hebesatz darf auf keinen Fall auf die Kosten der Kreisverwaltung niedrig gehalten werden.

Eines möchte ich noch zur moderaten Kreisumlage erwähnen, denn dies gehört auch zur Wahrheit. Diese 38,5% sind nur möglich, da die Landesregierung von Baden-Württemberg die Nachlaufende Spitzabrechnung bei der Unterbringung der Flüchtlinge zugesagt hat und somit die Landkreise und Kommunen nicht auf ihren Kosten sitzen lässt. So kommen wir nicht nur mit einer geringeren Kreisumlage aus, sondern können voraussichtlich auch das Defizit bei den Kliniken geringfügig reduzieren. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir stehen jedoch weiterhin in der Verantwortung, in den nächsten Jahren den erheblichen Schuldenberg des Kreises abzubauen.

Wir bedauern es auch sehr, dass der Rems-Murr-Kreis nicht in den Genuss der Landesförderung aus dem Topf der 'Lernfabrik 4.0' kam. Dies sollte uns jedoch nicht daran hindern, die Berufsschulen und die beruflichen Gymnasien zu unterstützen, weiter den Weg der Innovation zu gehen. Und das am besten Hand in Hand mit Handwerk und Industrie. Innovative Projekte sorgen dafür, dass wir Menschen und Wirtschaft fit für die Zukunft machen.

Mobilität, sowohl im Berufs- als auch im Freizeitverkehr ist ein wichtiger Faktor - auch für den Klimaschutz. Der Rems-Murr-Kreis ist Auto- und gleichzeitig Rad- und Bahnkreis. Eine klima- und zukunftsfähige Mobilität setzt auf eine intelligente Kombination aller Verkehrsmittel und -wege. Ein Netz aus schnellen Fahrradwegen, eine gute Beschilderung von Fuß- und Radwegen, ein dichter Takt im ÖPNV und eine gute Vernetzung ermöglichen den Umstieg vom Auto aufs Fahrrad, in den Bus und/oder in die Bahn. Dazu gehört auch die Erschließung des Ländlichen Raums für einen verträglichen Tourismus. Die gestiegene Nutzerzahl der Waldbahn und der Freizeitbusse im Welzheimer Wald bestätigt dies!

Unser dringender Appell: Mittel für das Klimaschutzkonzept sollten auch für dieses eingesetzt werden und nicht zweckentfremdet. Denn – das zeigt Paris - Klimaschutz ist keine Kür, sondern Pflicht! Im Rems-Murr- Kreis haben wir bereits ein umfangreiches Klimaschutzprogramm aufgestellt und schon viele Ideen umgesetzt. Unser großes Ziel, ein energieautarker Landkreis zu werden, können wir nur mit dem Ausbau von regenerativen Energien, der Windkraft, Einsparung von Energieverbrauch und umweltverträglicher Mobilität erreichen. Und eines möchte ich hier noch ganz deutlich sagen: Die Umwelt braucht uns nicht, aber wir die Umwelt.

Bezahlbarer Wohnraum für einkommensschwache Haushalte ist seit Jahren knapp. Die Integration von Flüchtlingen erfordert nun zusätzlichen bezahlbaren Wohnraum. Wir haben einen Antrag eingebracht, ein Konzept zur Sicherstellung des Wohnraumbedarfes für einkommensschwache Haushalte und für bleibeberechtigte Flüchtlinge zu erarbeiten. Wir danken der Verwaltung und der Kreisbau für die bereits vorgestellten Überlegungen, die diese Aufgabenstellung im Kreis aufgreifen. Dies geht in die richtige Richtung.

Der Sozialetat macht nahezu die Hälfte unseres gesamten Haushaltes aus. Der größte Teil sind Pflichtleistungen für Mitbürgerinnen und Mitbürger im Kreis, die auf unsere Hilfe angewiesen sind. Uns ist es ein großes Anliegen, die erforderlichen Hilfen für die Menschen, die als Flüchtlinge in unser Land kommen, nicht auszuspielen gegen die hilfebedürftigen Menschen die hier leben. Hier sind wir alle gefordert, eine gute Lösung zu finden.

Mit neuen Optimierungsprozessen hat der Kreistag auch bei den Rems-Murr-Kliniken reagiert. Die Zielsetzung ist, die Krankenhäuser zu stärken, sie fachlich zu spezialisieren und das Defizit in den Griff zu bekommen. Hier sind wir auf einem guten Weg.

Zum Schluss meiner Rede möchte ich noch ein großes Dankeschön aussprechen. Es kommen Menschen zu uns, die vor Terror fliehen. Menschen, die sich nach Freiheit und Demokratie sehnen. Wahrlich keine leichte Aufgabe, Unterbringung und Integration für die Flüchtlinge und Schutzsuchende zu meistern. Das Engagement der Kreisverwaltung dies zu stemmen ist groß. Außerdem ist es ein gutes Gefühl zu sehen, wie viele Bürgerinnen und Bürger sich ehrenamtlich aktiv dabei einbringen. Das Ehrenamt zeigt ein breites Spektrum der Unterstützung in vielfältigen Bereichen, die zur Integration der Flüchtenden in unsere Gesellschaft direkt vor Ort beitragen. Allen Ehrenamtlichen, draußen in den Kommunen des Rems-Murr-Kreises, möchten wir daher sehr, sehr herzlich

danken! Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir können stolz sein, in einer solch starken Vielfalt zu leben.

Herzlichen Dank!“

Kreisrat Lenk führt für die FDP/FW-Fraktion aus:

„Sehr geehrte Zuhörer,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel,

ich musste im Kalender nachschauen – aber Sie wussten es auswendig: Sie sind jetzt gerade mal 133 Tage im Amt als unser Landrat. Gefühlt kommt es uns aber viel länger vor. Und angesichts dessen, was in diesen gut 4 Monaten alles passiert ist, fragen wir uns schon: Haben Sie sich Ihren Amtsantritt eigentlich tatsächlich so vorgestellt? Und natürlich wäre es auch interessant, diese Frage mal Ihrer Frau zu stellen, aber das steht mir natürlich überhaupt nicht zu.

Kaum im Amt hat Sie die Sorge um die Unterbringung der zahlenmäßig explodierenden Flüchtlinge gleich voll in Beschlag genommen, dann kam die Klausur zu den Kliniken mit wesentlich schlechteren Jahresergebnissen als erwartet und dem hohen Sanierungsbedarf in Schorndorf. Und jetzt auch noch ein Gutachten, das fürs Jugendamt sage und schreibe 27 neue Stellen als unabdingbar fordert. Dazu noch die Besetzung des Sozialdezernats, viele Antrittsbesuche und ein Haushaltsplan für 2016, der es in sich hat. Dass Sie bei diesem Pensum überhaupt noch Zeit fürs Joggen und für die Familie finden (wie zu lesen war) – Respekt!

Ja ich möchte sogar noch weitergehen: Sie sehr geehrter Herr Dr. Sigel gehen mit Elan, aber wohlüberlegt und strategisch an die Dinge heran, binden uns Fraktionen frühzeitig in ihre Überlegungen ein und stellen auch vermeintlich altbewährte Dinge auf den Prüfstand. Und auch wenn wir Schwaben wissen, dass man den Tag nicht vor dem Abend loben soll, möchte sich unsere FDP/FW-Fraktion heute dafür bei Ihnen bedanken und möchten das ‘Weiter so’ von Herrn Sczuka noch unterstreichen.

Diese Ausführungen kann ich mir angesichts der harmonisch verlaufenden Haushaltsberatungen in diesem Jahr erlauben. Es waren die harmonischsten, die ich in diesen fast 20 Jahren Kreistagszu-

gehörigkeit miterlebt habe. Aber ich kritisiere diese Harmonie nicht, sondern möchte alle Fraktionen bitten, die während der Landratswahl an den Tag gelegte fraktionsübergreifende faire Zusammenarbeit fortzusetzen. Wir werden alle davon profitieren. Zum Haushalt selbst von unserer Seite nur noch wenige Anmerkungen:

- Unsere FDP / Freie Wähler-Fraktion wird dem Haushalts-Plan zustimmen. Wir wissen es zu schätzen, dass der Landrat selbst mit einem, um 1,5 %-Punkte gesenkten, Kreisumlage-Hebesatz von 38,5 %-Punkten auf die Kreiskommunen zugegangen ist und so ein Signal des Vertrauens gesetzt hat. Uns ist aber auch bewusst, dass Sie, sehr geehrter Herr Dr. Sigel, trotz der, seit der Haushaltseinbringung, eingetretenen Verbesserungen dabei mit den eher erhofften als feststehenden 10,4 Mio. € aus der Spitzabrechnung der Flüchtlingsunterbringung ein nicht zu unterschätzendes Risiko eingegangen sind.
- Wichtig ist unserer Fraktion, dass die Klinikfinanzen nicht alle andere Themen 'erschlagen'. So ist unserer Fraktion der Klimaschutz genauso wichtig wie der Abbau des Sanierungsrückstaus, in dem wir eine besondere Art des Schuldenabbaus sehen. Es gilt unsere Beruflichen Schulen fit zu machen, dass sie sich im Zeitalter der Gemeinschaftsschulen und im Wettbewerb mit den aus dem Boden schießenden Privatschulen behaupten und wir müssen der demographischen Entwicklung unserer Bevölkerung und dem Thema Inklusion Rechnung tragen. Und auch die Sanierung der Kreisstraßen, der Ausbau sicherer Radwege und eines bedarfsgerechten ÖPNV sowie unser Antrag auf Entwicklung zum 'gesunden Landkreis' liegen uns am Herzen.
- Wer sich Handlungsspielräume erhalten und Schulden begrenzen will, muss vor allem im konsumtiven Bereich sparen und sich auf die Kernaufgaben eines Landkreises konzentrieren. In diesem Zusammenhang regen wir an, nicht nur immer wieder mit Anträgen zur Schaffung neuer Stellen auf den Kreistag zuzukommen, sondern zeitnah unsere megagroße Verwaltung mit dem Ziel zu durchforsten, an der einen oder anderen Stelle auch mal einzelne Stellen aufgrund geänderter Anforderungen oder technischer Verbesserungen sozialverträglich zu streichen.
- Und schließlich unterstützen wir Ihre Überlegungen Herr Dr. Sigel, durch einen geänderten Zuschnitt der Dezernate im Landratsamt Aufgaben besser zu bündeln und Synergieeffekte zu erzielen genauso wie Ihren Ansatz, ein Gesamt-Immobilienkonzept für den Landkreis aufzustellen, bevor Einzelprojekte vorschnell umgesetzt werden. Von Beidem versprechen wir uns mehr Wirtschaftlichkeit und damit Einspareffekte.

Zum Schluss bedanken auch wir uns bei allen Mitarbeitern auf dem Landratsamt und den Kreisgesellschaften für die durchweg engagierte Arbeit, insbesondere auch bei dem Thema Flüchtlingsunterbringung.

Verehrte Zuhörer: Es bleibt spannend und die Aufgaben und Herausforderungen werden uns in unserem schönen Landkreis nicht ausgehen. Packen wir's an und wünschen uns alle miteinander viel Erfolg! Vielen Dank, dass Sie auch mir als 5. Redner noch aufmerksam zugehört haben.“

Kreisrat Throm erklärt für die Zählgemeinschaft AfD/Unabhängige:

„Sehr geehrter Herr Landrat,
werte Kolleginnen und Kollegen,

heute, da uns der Kreishaushalt 2016 zur Beschlussfassung vorliegt, wollen wir, die Zählgemeinschaft AfD/Unabhängige, die guten Absichten aller Beteiligten auf keinen Fall in Abrede stellen. Wir bezweifeln auch nicht, dass der Personalzuwachs bei der Kreisverwaltung aus der Binnenperspektive der Behörde Sinn ergibt.

Der Gesetzgeber hat aber die Budgethoheit der Volksvertretung übertragen, gewählten Ehrenamtlichen, Laien. Diese verfügen selbstverständlich nicht über das Fachwissen der Verwaltung, doch sie nehmen eine andere Sichtweise ein, die Außenperspektive.

Und aus der Außensicht der Bürger, der Wähler, besteht hier und heute dringender Handlungsbedarf angesichts der vorliegenden Zahlen. Wenn es heißt, wir könnten im Personalsektor nicht sparen, denn das ginge zulasten der Flüchtlinge oder der Jugendhilfe, dann antworten wir: Wir müssen aber irgendwo einsparen, weil wir uns einen Zuwachs der Personalkosten um – sehr kurzfristig revidiert - knapp 9 Prozent in diesem Jahr nicht leisten können. Hier hätten wir uns ein ehrgeiziges Ziel setzen sollen. Allein die Möglichkeiten, die sich aus der Personalfluktuaton ergeben, hätten entscheidend weiterhelfen können.

Dies hätte zwar sicherlich Härten mit sich gebracht, aber es wäre jedenfalls besser gewesen, als unsere Zukunft zu belasten. Nachhaltige Haushaltsführung würde bedeuten, dass wir die Kosten, die wir heute verursachen, so weit wie möglich auch heute begleichen und nicht künftige Handlungsspielräume durch Verschuldung einengen.

Deshalb müssen wir uns auch bei so wichtigen Themen wie dem Klimaschutz auf die effizientesten Maßnahmen beschränken.

Wenn überall der günstigste Fall eintritt, dann wird zwar die Verschuldung des Kreises, wie von der Kämmerei vorgerechnet, in ein paar Jahren wieder etwas sinken. Aber wir sollten auch suboptimale Entwicklungen einkalkulieren. Dies gilt für die sogenannte nachlaufende Spitzabrechnung der Flüchtlingskosten, wie für die Konjunktur. Auf jeden Aufschwung folgt irgendwann ein Abschwung. Das kann auch die EZB mit immer neuen Griffen in ihre Trickkiste nicht verhindern.

Wir betreiben hier keine Fundamentalopposition, und deshalb haben wir im letzten Jahr nicht gegen den Kreishaushalt 2015 gestimmt. Aber nachhaltige Haushaltsführung gehört zum Kern unseres Selbstverständnisses, und dafür wurden wir in den Kreistag gewählt. In diesem Sinne haben wir unsere Anträge gestellt. Leider haben wir in den Ausschussberatungen keine Mitstreiter gefunden. Ein Zeichen können wir heute aber setzen, und deshalb werden wir den vorliegenden Haushalt 2016 ablehnen. Mittragen können wir die Kreisumlage.

Uns bleibt die Hoffnung, es möge im kommenden Jahr Konsens darüber entstehen, dass wir haushaltspolitisch unbedingt umsteuern müssen. Danke sehr.“

Kreisrat Kaufmann ergänzt den angesprochenen Antrag der SPD, dass man bereits 2016 mit den kreiseigenen Gesellschaften Projekte zu bezahlbarem Wohnraum beginnen solle. Das Konzept von Herrn Braune sei zwar ein Ansatz, entspreche aber nicht der Vorstellung seiner Fraktion, die eine Entwicklung eines Programms zur Beschaffung von bezahlbarem Wohnraum fordere.

Landrat Dr. Sigel erwidert, wie unter Top 1 dargelegt, werde man bereits im Jahr 2016 mit der Entwicklung eines Programms beginnen.

Kreisrat Kaufmann erklärt hierauf, dass dem Antrag damit Genüge sei.

Kreisrat Friedrich beantragt für die Fraktion der Freien Wähler eine separate Abstimmung über den Stellenplan (Beschlussvorschlag Ziff. 4) aufgrund der neuen Anlage 7a (Stellenhebungen)

Der Kreistag beschließt einstimmig bei 1 Enthaltung:

1) Der unter Abschnitt I aufgeführten überplanmäßigen Aufwendung und Auszahlung im Jahr 2015

von maximal 6,6 Mio. Euro an die Rems-Murr-Kliniken zur Abdeckung des Klinikdefizits wird zugestimmt. Eine Auszahlung wird jedoch nur erfolgen, wenn dem Landkreis die entsprechenden Mittel aus der nachgelagerten Spitzabrechnung tatsächlich zur Verfügung stehen.

Der Kreistag beschließt mehrheitlich bei 3-Nein-Stimmen:

2) Den unter Abschnitt VI (S. 16 ff) aufgeführten Änderungen seit Einbringung des Haushaltsentwurfs 2016, u.a. durch die Fachausschüsse, wird zugestimmt

Der Kreistag beschließt einstimmig:

3) Der Kreisumlagehebesatz wird mit 38,5%-Punkten festgesetzt.

Landrat Dr. Sigel sagt auf Anregung von Kreisrat Hesky zu, dass die Stellenhebung von A 14 nach A 15 in Anlage 7a mit einem Sperrvermerk versehen und vor der nochmaligen Ausschreibung im Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss beraten werde.

Der Kreistag beschließt mehrheitlich den modifizierten Beschlussvorschlag bei 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung

6) Der Stellenplan wird einschließlich der unter Abschnitt VIII. aufgeführten Änderungen (siehe S. 21) wie im Haushaltsplanentwurf beschlossen. Die Stellenhebung in Anlage 7a (Umwandlung A 14 in A 15) wird mit einem Sperrvermerk versehen und vor der nochmaligen Ausschreibung im Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss beraten.

Der Kreistag beschließt mehrheitlich bei 3 Nein-Stimmen:

4) **Haushaltssatzung des Rems-Murr-Kreises für das Haushaltsjahr 2016**

Auf Grund der §§ 3, 48 und 49 der Landkreisordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 19.6.1987 (GBl.1987, S.289) in Verbindung mit § 79 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 24.07.2000 (GBl.S.581) zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung kommunalwahlrechtlicher und gemeindehaushaltsrechtlicher Vorschriften vom 16.04.2013 (GBl.S55) wird folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2016 beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan wird festgesetzt:

1. Im **Ergebnishaushalt** mit dem

1.1. Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge von	482.426.700 Euro
1.2. Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen von	484.827.700 Euro
1.3. Ordentliches Ergebnis (Saldo aus 1.1 und 1.2) von	-2.401.000 Euro
1.4. Abdeckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren von	0 Euro
1.5. Veranschlagtes ordentliches Ergebnis (Saldo aus 1.3 und 1.4) von	-2.401.000 Euro
1.6. Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge von	0 Euro
1.7. Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen von	1.320.000 Euro
1.8. Veranschlagtes Sonderergebnis (Saldo aus 1.6 und 1.7) von	-1.320.000 Euro
1.9. Veranschlagtes Gesamtergebnis (Summe aus 1.5 und 1.8) von	<u>-3.721.000 Euro</u>

2. Im **Finanzhaushalt** mit dem

2.1. Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	475.521.400 Euro
2.2. Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	468.883.400 Euro
2.3. Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit (Saldo aus 2.1 und 2.2) von	6.638.000 Euro
2.4. Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von	1.907.300 Euro
2.5. Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit von	27.989.400 Euro
2.6. Veranschlagter Finanzierungsmittel- bedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus 2.4 und 2.5) von	<u>-26.082.100 Euro</u>
: 2.7. Veranschlagter Finanzierungsmittel- bedarf (Saldo aus 2.3 und 2.6)	-19.444.100 Euro
2.8. Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (Einzahlungen aus Kreditaufnahmen) von	6.475.000 Euro
2.9. Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (Auszahl- ungen für die Tilgung von Krediten) von	2.975.400 Euro
2.10. Veranschlagter Finanzierungsmittelüber- schuss aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus 2.8 und 2.9) von	3.499.600 Euro
2.11. Veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestandes, Saldo des Finanzhaushalts (Saldo aus 2.7 und 2.10) von	-15.944.500 Euro

§ 2 Kreditermächtigung

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird festgesetzt auf

6.475.000 Euro

§ 3 Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten, wird festgesetzt auf

3.810.000 Euro

§ 4 Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt für die Landkreis kasse auf

20.000.000 Euro

§ 5 Hebesatz

Der Umlagesatz für die Kreisumlage wird auf 38,5 v.H. der Steuerkraftsummen der Gemeinden des Rems-Murr-Kreises festgesetzt (§ 35 Absatz 1 FAG).

Der Kreistag beschließt einstimmig:

- 5) Die Finanzplanung wird einschließlich der unter Abschnitt VII. aufgeführten Änderungen (siehe S. 20) wie im Haushaltsplanentwurf beschlossen.

Der Kreistag beschließt einstimmig bei 1 Enthaltung:

- 7) Der Übernahme einer Ausfallbürgschaft für den Kredit zur Gesamtkonzeption des Standort Schorndorfs der Rems-Murr-Kliniken gGmbH in Höhe von 2.400.000 Euro im Jahre 2016 wird zugestimmt.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

8) Haushaltssatzung der 'Rems-Murr-Stiftung' für das Haushaltsjahr 2016

Auf Grund von § 79 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 24.07.2000 (GBl. S. 582, 698) i.V. mit § 5 der Stiftungssatzung der 'Rems-Murr-Stiftung' in der Fassung vom 20.01.2009 wird folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2016 beschlossen:

§ 1 Haushaltsplan

Der Haushaltsplan wird festgesetzt mit:

- | | |
|--|-------------|
| 1. den Einnahmen und Ausgaben in Höhe von je | |
| im Verwaltungshaushalt | 35.600 Euro |
| im Vermögenshaushalt | 1.600 Euro |
| 2. dem Gesamtbetrag der vorgesehenen | |
| Kreditaufnahmen (Kreditermächtigungen) | |
| in Höhe von | 0 Euro |
| 3. dem Gesamtbetrag der Verpflichtungser- | |
| mächtigungen in Höhe von | 0 Euro |

§ 2 Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf – 0 Euro - festgesetzt.

Auszüge:

- 1 Dezernat I
- 1 Dezernat II
- 1 GB Finanzen
- 1 GB Kreisprüfung
- 1 Rems-Murr-Kliniken

§ 4

a) Feststellung des Jahresabschlusses 2014 des Rems-Murr-Kreises und der Jahresrechnung 2014 der Rems-Murr-Stiftung

Drucksachen 2015-108a-KT14.12., 2015-108-VSKA07.12., 2015-85-KT19.10.

b) Schlussbericht zum Jahresabschluss 02014

Drucksache 2015-109-VSKA07.12.

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegenden Drucksachen.

Ohne weitere Vorberatung beschließt der Kreistag einstimmig:

1. Der gemäß § 48 der Landkreisordnung in Verbindung mit § 95 der Gemeindeordnung erstellte Jahresabschluss des Rems-Murr-Kreises zum 31.12.2014 wird mit den in der beigefügten Aufstellung (Anlage 1) ausgewiesenen Ergebnissen und gebildeten Rückstellungen festgestellt.
2. Die Jahresrechnung 2014 der Rems-Murr-Stiftung wird gemäß § 48 der Landkreisordnung in Verbindung mit § 97 der Gemeindeordnung mit den in der beigefügten Aufstellung (Anlage 2) ausgewiesenen Ergebnissen festgestellt.
3. Die im Rechenschaftsbericht 2014 unter 5.4 (S. 167 f.) abgerechneten Hochbaumaßnahmen (KSZ Murrhardt, BSZ Schorndorf, BSZ Backnang) und abgerechneten Straßenbaumaßnahmen (Sanierung Remsbrücke K 1881, Sanierung K 1901, Ausbau K 1903, Geh- und Radweg Schornbach – Buhlbronn K 1916) werden anerkannt.

Ohne weitere Vorberatung beschließt der Kreistag einstimmig:

Vom Schlussbericht 2014 des Geschäftsbereichs Kreisprüfung wird Kenntnis genommen.

§ 5

Kündigung der Beteiligung an der AGKAMED Holding GmbH
Drucksache 2015-116-VSKA07.12.

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Ohne weitere Beratung beschließt der Kreistag einstimmig:

Der Kreistag stimmt dem Ausstieg aus der mittelbaren Beteiligung des Landkreises an der AGKAMED Holding GmbH in Essen und der Rückgabe des Geschäftsanteils über 500 Euro zu. Der Landrat wird angewiesen, in der Gesellschafterversammlung der Rems-Murr-Kliniken gGmbH für einen Ausstieg zu stimmen.

Auszüge:

1 Rems-Murr-Kliniken
1 Dezernat II

§ 6

Änderung in der Besetzung der beschließenden Ausschüsse
Drucksache 2015-119a-KT14.12.

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zugrunde liegende Drucksache.

Ohne weitere Vorberatung beschließt der Kreistag einstimmig:

1. Der Sozialausschuss wird entsprechend der in Drucksache 2015-119a dargestellten Änderung neu gebildet.
2. Der Jugendhilfeausschuss wird entsprechend der in Drucksache 2015-119a dargestellten Änderung neu gebildet.

Auszüge:

1 Kreistagsgeschäftsstelle

§ 7

Weisung an die Gesellschafterversammlung der Rems-Murr-Kliniken gGmbH zur Wahl des Wirtschaftsprüfers für das Geschäftsjahr 2015

Drucksache 2015-123-KT14.12.

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zugrunde liegende Drucksache.

Kreisrat Hesky bemängelt, dass der Punkt zu spät öffentlich bekannt gemacht worden sei.

Nach kurzer weiterer Beratung beschließt der Kreistag einstimmig bei 5 Enthaltungen:

Der Kreistag weist den Landrat in der Gesellschafterversammlung an, den Aufsichtsrat zu beauftragen, die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft für das Geschäftsjahr 2015 in der Aufsichtsratssitzung am 23.02.2016 zu bestellen.

Auszüge:

1 Rems-Murr-Kliniken

1 Dezernat II

§ 8

Verschiedenes

1. Kreisrat Härtner kritisiert, dass, bevor im Lenkungsausschuss die Energieversorgung des früheren Klinikareals in Backnang behandelt worden sei, der Aufsichtsrat bereits beschlossen habe, dass dies durch Gas erfolgen solle, obwohl eine Holzhackschnitzelanlage vorgesehen gewesen sei. Er halte diese für unvereinbar mit den Klimaschutz-Beschlüssen des Kreises mit dem Ziel, eines Ausstiegs aus fossilen Energien.

Landrat Dr. Sigel sagt zu, dass er sich der Angelegenheit annehmen werde.

2. Landrat Dr. Sigel verabschiedet Kreisbrandmeister Schmidt, der ins Innenministerium wechseln werde.
3. Landrat Dr. Sigel berichtet, dass das Rems-Murr-Klinikum Winnenden, den Immobilienpreis der Region Stuttgart gewonnen habe.
4. Kreisrat Ullrich bedankt sich als stellvertretender Vorsitzender des Kreistags namens aller Fraktionen für die gute Zusammenarbeit im vergangenen Jahr.



Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

gez.

gez.

Dr. Richard Sigel

Thomas Hasert